

Recht“ gegen allen Geist wahrer Gerechtigkeit sanktioniert werden könne (S. 17 f.). Merkwürdiger Weise stützt sich der Verfasser dabei auf eine Definition, die in der „Einleitung in die Rechtslehre“ steht und mit den Worten beginnt: „Eine jede Handlung ist recht, die . . .“. Grade dieses Citat zeigt schon durch den Wortlaut, dass Kant die Kriterien der Gerechtigkeit und der formell-juristischen Rechtmässigkeit streng gesondert wissen will. Denn an derselben Stelle unterscheidet Kant zwischen dem, was „Rechters sei (quit sit juris) d. i. was die Gesetze an einem gewissen Ort und zu einer gewissen Zeit sagen“, und dem, was „recht sei“ und nur nach Prinzipien der Vernunft ermittelt werden könne; hier macht er also genau die Unterscheidung, die der Verfasser vermisst. — Der Hauptwert der vorliegenden Schrift liegt somit nicht in der Behandlung der Probleme, sondern in der übersichtlichen Mitteilung Kantischer Äusserungen.

Falkenberg i. d. M.

Emil Lask.

Bargmann, H. Der Formalismus in Kants Rechtsphilosophie. Leipziger Inaugural-Dissertation. Leipzig, 1902. (54 S.)

Die kleine Schrift giebt eine knappe und klare, auf das Wesentliche sich geschickt beschränkende Darstellung von Kants Rechtsphilosophie sowie interessante kritische Zusätze des Verfassers. Mit Recht wird die bequeme Zusammenstellung Kants mit den übrigen Vertretern des „Naturrechts“ gerügt, wobei freilich der Begriff der „Natur“ von B. etwas zu eng gefasst sein dürfte (S. 37 f.). Sehr wertvoll ist die Parallelisierung des „juridischen“ und des „ethischen Staates“ (S. 32 ff.). Vor allem aber hat B. die grösste und wohl unüberwindliche Schwierigkeit, die sich dem Verständnis der Kantischen Rechtslehre entgegenstellt, treffend zu charakterisieren gewusst (bes. S. 12 f., 40 f., 46 f.). Sie beruht darauf, dass nach Kant einerseits die rechtliche Betrachtung lediglich auf die Regelung des äusseren Verhaltens gerichtet ist und deshalb von dem ethischen Werte des Willens und Beweggrundes abstrahiert, andererseits aber dennoch das Rechtsgebiet auf Imperative der Vernunft, auf unbedingte Endzwecke gegründet wird, ja sogar die einzelnen empirischen Rechtsverhältnisse durchweg in intelligible Freiheitsbeziehungen aufgelöst werden. Schuld an dieser abwechselnden Unüberbrückbarkeit und Ununterscheidbarkeit von Moral und Recht ist nach B. der Formalismus der Kantischen Ethik.

Falkenberg i. d. M.

Emil Lask.

Stern, Br. Positivistische Begründung des philosophischen Strafrechts (nach Wilhelm Stern); veröffentlicht in Hans Gross' „Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik“. Berlin, 1905. (97 S.)

Die philosophischen Partien der vorliegenden Schrift bestehen in einer unveränderten Reproduktion von Wilhelm Sterns „kritischer Grundlegung der Ethik als positiver Wissenschaft“ (Berlin, 1897). In Übereinstimmung mit diesem Werk vertreten sie den Standpunkt einer positivistischen, induktiven, rein genetisch verfahrenen Ethik. Alle ethischen Probleme sollen auf die Gegensätzlichkeit zweier Triebe zurückführbar sein. Der eine, der „antiethische“, ist das Selbsterhaltungsstreben oder der Egoismus, der andere, als das „prinzipium movens der sittlichen Handlungen“, ist „der Trieb zur Abwehr aller schädlichen Eingriffe der sowohl unbeseelten, als auch beseelten objektiven Aussenwelt ins psychische Leben“. „Man kann diesen Trieb auch das in den beseelten Wesen wirkende Gesetz der Erhaltung des psychischen Prinzips im Gegensatz zum physischen Gesetze der Erhaltung der Kraft nennen“ (S. 31).

Aus dieser Lehre vom sittlichen Trieb werden sodann Folgerungen für die Theorien vom Verbrechen, von der Strafe, von der Willensfreiheit, sowie für die Strafrechtspolitik gezogen, die jedoch mehr von kriminalistischem als philosophischem Interesse sind.

Falkenberg i. d. M.

Emil Lask.